



## DIVSI Veröffentlichungen

### Studien

Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2012  
 Meinungsführer-Studie: Wer gestaltet das Internet?, 2012  
 Entscheider-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2013  
 Der Diskurs zur Netzneutralität, Bericht, 2013

### Reden

Roman Herzog: Internet und Menschenwürde, 2013  
 Olaf Scholz: Braucht das Internet Vertrauen?, 2013

### Diskussionsbeiträge

Dominic Völz, Timm Christian Janda: Thesen zur Netzpolitik – Ein Überblick, 2013  
 Christina Heckersbruch, Ayten Öksüz, Nicolai Walter, Jörg Becker,  
 Guido Hertel: Vertrauen und Risiko in einer digitalen Welt, 2013  
 Göttrik Wewer: Digitale Agenda 2013 - 2017 – Netzpolitik im neuen  
 Deutschen Bundestag, 2013



*Prof. Dr. Miriam Meckel  
 Neue Studie vorgestellt: Fakten zur Netzneutralität*

*Expertengruppe versammelt. Tagung in Berlin.  
**BRAUCHT DEUTSCHLAND EINEN DIGITALEN KODEX?**  
 Worum geht es? Wer soll adressiert werden?  
 Wer begleitet das Projekt?*

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)  
Matthias Kammer, Direktor  
Mittelweg 142  
20148 Hamburg

### Chefredaktion:

Jürgen Selonke (V.i.S.d.P.)

### Autoren:

Peter von Aspern, Alexander Braun,  
Dr. Dirk Graudenz, Joachim Haack,  
Matthias Kammer, Dr. Till Kreutzer,  
Dr. Bernhard Rohleder, Michael  
Schneider, Dr. Göttrik Wewer

### Realisation:

PubliKom Kommunikationsberatung  
GmbH, Hamburg

### Bildnachweis:

CSM Stock, Google, Jana Pofalla

### Verbreitete Auflage:

ca. 7.500 Exemplare  
Abgabe kostenlos

### Haben Sie Fragen oder wünschen weitere Informationen?

Web: [www.divsi.de](http://www.divsi.de)  
E-Mail: [info@divsi.de](mailto:info@divsi.de)

Anfragen DIVSI magazin:  
Michael Schneider  
Leitung Kommunikation  
Tel.: + 49 40 226 369 895  
E-Mail: [michael.schneider@divsi.de](mailto:michael.schneider@divsi.de)  
E-Mail: [presse@divsi.de](mailto:presse@divsi.de)

Wissenschaftliche Leitung:  
Joanna Schmözl  
Tel.: + 49 40 226 369 896  
E-Mail: [wissenschaft@divsi.de](mailto:wissenschaft@divsi.de)

Wir haben unseren Verteiler für das DIVSI magazin aktualisiert und ergänzt. Bitte teilen Sie uns unter den o.a. E-Mail-Adressen mit, falls Sie künftig auf das Magazin verzichten möchten.

# INHALT

- 4 HIER WARTET UNERLEDIGTE ARBEIT**  
DIVSI Direktor Matthias Kammer zum Skandal um die NSA-Affäre und ein Blick in die Zukunft
- 6 NUR EIN FALL FÜR EXPERTEN?**  
Prof. Dr. Miriam Meckel präsentiert aktuelle Studie zur Netzneutralität. Joachim Haack skizziert die wesentlichen Fakten
- 9 NETZNEUTRALITÄT – DIE PERSPEKTIVE DER DIGITALEN WIRTSCHAFT**  
Dr. Bernhard Rohleder warnt: Präventive regulatorische Maßnahmen können die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Innovationen vereiteln
- 11 BRAUCHT DEUTSCHLAND EINEN DIGITALEN KODEX?**  
Dr. Dirk Graudenz informiert über den aktuellen Stand der großen DIVSI Initiative
- 12 DIESE ZEHN EXPERTEN BEGLEITEN DAS PROJEKT**  
Ein Überblick, wer und warum sein Wissen einfließen lässt
- 16 DIGITALER KODEX – WAS IST DAS EIGENTLICH?**  
Dr. Till Kreutzer liefert eine Begriffserklärung und schildert, welche Akteure angesprochen werden
- 18 DER NEUE BUNDESTAG UND DIE NETZPOLITIK**  
Dr. Göttrik Wewer stellt fest, dass Einigkeit bei den Themen herrscht – nur über das WIE differieren die Meinungen
- 21 WIR WARTEN AUF IHREN BEITRAG!**  
Das DIVSI legt eine neue Schriftenreihe auf. Gesucht sind Themen zur Diskussion um Vertrauen und Sicherheit im Internet
- 22 KOMPLEXE THEMEN - SCHNELL UND EINFACH!**  
Alexander Braun und Michael Schneider über den Relaunch des DIVSI Internet-Auftritts
- 24 DER MOBILE BODYGUARD FÜR DIE TASCH**  
Smartphones sind Sicherheitsrisiko und Schutzwall gleichzeitig. Autor Peter von Aspern, Head of Product Management bei TrendONE, umreißt ihre Möglichkeiten
- 26 AKTUELLE BÜCHER**



## Ein Relaunch, ein Kodex und der „Director’s Cut“

Zugegeben – ich habe den neuen Internet-Auftritt von DIVSI noch nicht bis in seine letzten Feinheiten und Möglichkeiten durchdrungen. Er verbirgt bis heute ein paar Geheimnisse vor mir. Wahrscheinlich liegt dies daran, dass ich mich nach der bekannten SINUS-Einstufung bestenfalls zu den Digital Immigrants zählen darf.

Ich erinnere dazu eine Szene, die mich nicht gerade froh gestimmt hat. DIVSI Beiratsmitglied Harald Lemke beäugte einst meine technische Ausrüstung und setzte meine Kenntnisse dazu in Relation: „Das ist, als ob man mit einem Porsche zum Mist holen fährt.“

Wir reden trotzdem noch miteinander. Und in Bezug auf den neuen Internet-Auftritt notiere ich gern Bedienerfreundlichkeit, Variantenreichtum sowie gesteigertes Informationsangebot als Pluspunkte. Über Ziele und Hintergründe des Relaunch informieren die Macher und werfen dabei auch einen Blick in die Zukunft von Webseiten (S. 22).

Selten hat ein Projekt bereits in seiner Startphase für so viel Diskussionsstoff gesorgt, wie die mittlerweile bundesweit bekannte DIVSI Frage „Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?“ Die Antwort steht unverändert aus; von durchformulierten, anerkannten und gültigen Spielregeln für die digitale Welt ganz zu schweigen.

Hinter den Kulissen ist DIVSI im Team mit dem Berliner Think Tank iRights.Lab nachhaltig aktiv, sich einer Lösung zu nähern. Zehn Experten mit unterschiedlichen Schwerpunkten im beruflichen Wirken haben sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, ihre Kenntnisse einzubringen, um die vielschichtigen Probleme zu durchdringen. Wir stellen Ihnen diese Gruppe vor und informieren gleichzeitig über grundlegende Ansätze zu diesem wichtigen Thema (ab Seite 11).

Von seiner Art und generellen Einstellung her zählt DIVSI Direktor Matthias Kammer zu den zurückhaltenden im Kreis der Kenner unserer digitalen Welt. Eigentlich präsentiert er lieber wertfrei Fakten oder diskutiert im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen – dann auch gern kontrovers. Seine private Meinung dagegen lässt er als Verantwortlicher eines neutralen Instituts

bislang eher selten heraus. So haben wir denn im Gespräch auch lange das Für und Wider abgewogen, ob man diese Haltung ändern sollte.

Das Ergebnis der Überlegungen finden Sie auf den Seiten 4/5. Matthias Kammer besetzt dort mit deutlichen Worten eine klare Position im NSA-Skandal. Und deutet gleichzeitig Wege an, wie sich positive Lehren aus diesem unerhörten Vorgang ziehen ließen. „Director’s Cut“ habe ich den Meinungsbeitrag im schönen Neu-Deutsch genannt. Ich bin sicher, dass sich dieser Premiere weitere Stücke anschließen werden.

Einer ganz anderen Thematik wünschte ich einen ähnlichen Aufmerksamkeitswert wie den Schnüffeleien von NSA und den britischen Kollegen. Doch der Diskurs zur Netzneutralität fristet eher ein Schattendasein. Eigentlich unverständlich, denn auch hier ist etwas im Busch, was alle Beteiligten der Netz-Welt berühren muss. Prof. Dr. Miriam Meckel hat bei der Vorstellung ihrer Studie „Der Diskurs zur Netzneutralität“ sehr bedauert, dass diese Thematik bislang fast nur Experten beschäftige.

Die angesehene Kommunikationswissenschaftlerin, Mitglied im DIVSI Beirat, fasst in der Studie den aktuellen Sachstand zusammen – mit einem Blick über den deutschen Tellerrand hinaus. Wir skizzieren die wesentlichen Fakten von der Veranstaltung in Berlin (S. 6).

Passend zu dieser Studie zeichnet BITKOM-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder – auch er gehört dem DIVSI Beirat an – die Perspektive der digitalen Wirtschaft im Hinblick auf den Streitpunkt Netzneutralität auf. Er ist überzeugt, dass präventive regulatorische Maßnahmen die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Innovationen vereiteln können (S. 9).

Ich wünsche Ihnen informative Unterhaltung mit dem neuen „DIVSI magazin“.

Jürgen Selonke  
Chefredakteur  
DIVSI magazin

# HIER WARTET UNERLEDIGTE ARBEIT

Wir haben ein Recht auf Klarheit in der  
Schnüffel-Affäre

Von Matthias Kammer,  
Direktor des DIVSI

*Hamburg – Wären PRISM, NSA und der gesamte Riesen-Skandal nur ein zeitaktueller TV-Film aus der Welt des Internets und der Geheimdienste, so würde ich beim jetzigen Sachstand abschalten. Warum? Ich mag Science-Fiction nicht. „Jetzt übertreiben sie aber“, würde ich sagen. „Da ist die Fantasie mit den Machern durchgegangen. So was ist im realen Leben undenkbar.“*

Leider ist die schlimme Schnüffel-Affäre kein Film. Vielmehr ein Live-Drama mit ungewissem Ausgang und uns allen als hilflosen Statisten. Eine tickende Zeitbombe, die längst weit größere Dimensionen als ein reines Ausspähen erreicht hat. Ich sehe unser ureigenes Persönlichkeitsrecht bedroht.

Selten zuvor haben deutsche Politiker in einer Krisensituation – und genau schwaches Bild abgegeben. Die Wahl ist gelaufen. Vielleicht kommt es jetzt zu einer Wende in Richtung verbesserter Aufklärung. Unklug wäre es, bei diesem erschreckenden Vorgang auf ein Vergessen in der Öffentlichkeit zu hoffen.

Auch die bislang als sicher geltenden  
https-Verbindungen, beispielsweise beim  
Online-Banking, können geknackt werden.

Rufen wir uns die groteske Situation  
noch einmal ins Gedächtnis:

Da wird uns Bürgern empfohlen,  
selbst mehr für den Schutz unserer

Daten zu tun. Da Ausspäh-Technik nun  
einmal existiere, müssten Verschlüsselungstechnik oder Virenschutz größere Aufmerksamkeit erhalten.

Tage später wird bekannt, dass die  
Geheimdienste über solche Techniken  
gelangweilt gähnen. Dass sie längst  
Datenübertragungen im Internet mitlesen  
können, selbst wenn mit modernster

Technik verschlüsselt wurde. Denn die  
NSA hat einschlägige Software-Firmen  
womit und wodurch auch immer dazu  
gebracht, für sie Hintertüren einzubauen.

Das bedeutet im Klartext: Auch die bislang als sicher geltenden https-Verbindungen, beispielsweise beim Online-Banking, können geknackt werden.

Nun mag es Menschen geben, die Geheimdiensten das Schnüffeln erlauben möchten, weil dieses so erworbene Wissen zur Vorbeugung und Abwehr terroristischer Angriffe nützlich sein kann. Ist diesen Zeitgenossen eigentlich klar, dass es durchaus auch kriminelle Elemente gibt, die solche Hintertüren öffnen können, um verbrecherische Aktivitäten durchzuführen?

Ist es nicht beschämend für die gesamte deutsche Politik, wenn sich bei einem solchen Web-Tsunami der Präsident unseres Landes mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten treffen muss, weil Regierung und Opposition überfordert sind, die Bürger umfassend aufzuklären – über die wahren Ausmaße des entstandenen Schadens und über Wege, die jetzt eingeschlagen werden müssten, um den Schaden zu begrenzen?

Joachim Gauck war Schirmherr des DIVSI, bevor er zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Er hat in mehreren Interviews geäußert, dass ihn die NSA-Affäre beunruhige. Es unterstreicht sein tiefes, geradliniges Streben nach Bewahrung und Ausbau der Freiheit und unser aller Freiheitsrechte, wenn er im Interesse seiner eigenen Information den eher ungewöhnlichen Weg über den Datenschutzbeauftragten wählt. Womöglich hat er sich davon umfassendere sachlich-neutrale Aufklärung versprochen als von offizieller Politikseite. Denn Peter Schaar, immerhin mit der Erfahrung von gut zehn Jahren auf der Position des obersten Datenschützers, hat mehrfach Kritik am Verhalten der politisch Verantwortlichen geäußert und ihnen Verschleierung vorgeworfen.

Beide sprechen mir mehr aus dem Herzen als die Phalanx jener Politiker, für die alle Vorwürfe in diesem einmaligen Skandal ausgeräumt sind. Der Skandal um NSA und den britischen GCHQ-Dienst muss als unerledigte Arbeit in die neue Legislaturperiode übernommen werden. Denn ausgeräumt ist gar nichts.

Die Internet-Nutzer haben ein Recht auf Aufklärung, welche Verschlüsselungstechniken sie überhaupt noch sinnvoll nutzen können. Wenn die Politik keine vor Ausspähung sichere Software empfehlen kann, wächst die Gefahr einer

tiefgreifenden Vertrauenskrise bei der Nutzung des Internets.

Anzeichen hierfür hat eine repräsentative DIVSI Umfrage, realisiert durch das renommierte SINUS-Institut, bereits ergeben. Denn das Sicherheitsgefühl der Deutschen im Internet hat sich durch den Abhörskandal verschlechtert. 39 Prozent der Befragten fühlen sich demnach bei ihren Aktivitäten unsicherer als zuvor.

Auch die Wirtschaft müsste daran interessiert sein, dass alle Fakten lückenlos auf den Tisch kommen. Denn eine Vertrauenskrise würde besonders jene Unternehmen empfindlich treffen, deren Geschäftsprozesse maßgeblich auf dem Internet basieren. Es ist für mich höchst verwunderlich, dass sich die Wirtschaft angesichts nicht auszuschließender Industriespionage derart ruhig verhält.

Dabei sollten in den Chefetagen die Alarmglocken schrillen. Zum Zeitpunkt unserer Befragung im Juni hatte bereits fast jeder Fünfte (18 Prozent) sein Verhalten bei der Nutzung des Internets geändert. Vor allem im Umgang mit Online-Diensten wollte man sich künftig vorsichtiger verhalten. Diese Werte liegen heute mit Sicherheit bei Weitem höher. Es ist an der Zeit, dass die staatlichen Institutionen diese Sorgen der Bürger endlich ernst nehmen und reagieren.

Oder ist der Staat hier mittlerweile schlicht überfordert? Hat er vielleicht die falsche Arbeitsgrundlage? Anders gefragt: Taugt unser Grundgesetz überhaupt noch für das digitale Zeitalter? Das Lorenz-von-Stein-Institut überprüft im DIVSI Auftrag gerade das Fundament unserer Demokratie unter diesem Gesichtspunkt.

Und was kann der einzelne Internet-Nutzer machen? Wir Mitspieler des digitalen Zeitalters sollten trotz des weiter schwelenden Skandals das Lamentieren

## Taugt unser Grundgesetz überhaupt noch für das digitale Zeitalter?

beenden und nach vorn blicken: Wie lassen sich bessere Schutzwälle errichten?

Ein erster Schritt wäre für mich, in diesem Zusammenhang nicht ausschließlich den überstrapazierten Begriff „Datenschutz“ zu bemühen. Das Ziel muss höher gesteckt werden: Wir brauchen eine Stärkung unserer Freiheitsrechte.

Und ich hoffe darauf, dass irgendwann alle – staatliche Institutionen, die Wirtschaft, der private Nutzer – sich Leitplanken geben, innerhalb derer man sich im Internet bewegt. Alt-Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog, seit knapp einem



Matthias Kammer,  
Direktor des Deutschen Instituts für  
Vertrauen und Sicherheit im Internet  
(DIVSI)

Jahr Schirmherr des DIVSI, hat diesen Gedanken bereits bei seiner Amtsübernahme geäußert. Er sprach von einem Digitalen Kodex.

Unser Institut ist jetzt dabei, diese Idee zu konkretisieren. Dabei sollen eine Reihe grundsätzlicher Gedanken beantwortet werden: Brauchen wir neue soziale Regeln, die untereinander gelten sollen? Lässt sich verbindlich festlegen, wie man künftig miteinander umgeht, um Internet-Missbrauch auszuschließen? Welche Verantwortung sollen Nutzer, Unternehmen und der Staat in der digitalen Welt künftig übernehmen? Sind neue soziale Spielregeln fern von rechtlicher Regulierung in der Gesellschaft erforderlich?

Ich erwarte von den politisch Verantwortlichen der nächsten Jahre, dass auch sie sich endlich seriös diesem gigantischen Fragenberg zumindest nähern. Und ich bin froh, dass wir einen Bundespräsidenten haben, der hier deutliche Zeichen setzt und sich nicht mit lapidaren Antworten abspesen lässt.



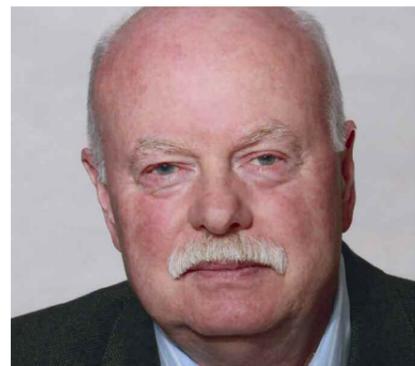
bereits mit der Definition des Begriffs beginne: „Eine eindeutige und allgemein anerkannte Definition des Begriffs ‚Netzneutralität‘ gibt es nicht.“

Aus der Sicht des Endnutzers bezeichnet Netzneutralität den diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten, Diensten und Anwendungen seiner Wahl. Aus der Sicht des Anbieters von Inhalten, Diensten oder Anwendungen geht es um die diskriminierungsfreie Übermittlung der Information an den Endnutzer.

Die vielen unterschiedlichen, teilweise interessengetriebenen Interpretationen machten einen unvoreingenommenen Diskurs unmöglich. Dabei bedeute Netzneutralität eigentlich nur, dass alle Daten im Internet gleichberechtigt übertragen werden sollen.

Die Studie macht weiter deutlich, dass Diskriminierung einzelner Nutzer und Anbieter im Allgemeinen verpönt sei. Doch bereits mit der Diskriminierungsfreiheit beginne das Dilemma der Interessensabwägung zwischen der ungehinderten Internet-Nutzung und dem Geschäftsmodell der Internet-Provider.

Dazu gehört auch die Frage, wie die Erweiterung der Netzinfrastruktur zu finanzieren ist, wenn allein die Kosten für den Ausbau eines schnellen Glasfasernetzes in Deutschland 80 Milliarden Euro betragen – und vor allem wer diese Investition tätigen soll.



**Joachim Haack (\*1950)**  
ist Geschäftsführender Gesellschafter der auf Medien, Institutionen, Finanzen, Logistik und Technologien fokussierten Kommunikationsberatung PubliKom in Hamburg. Der gelernte Werber und Kommunikationsexperte begleitet die technologische und gesellschaftliche Entwicklung im Netz seit den Anfängen der ersten Suchmaschinen im deutschen Markt.

Endgültig scheiden würden sich dagegen die Geister an der Ungleichbehandlung von Daten durch die Einführung von Dienst- oder Qualitätsklassen und entsprechender Preisdifferenzierung.

Dienstklassen würden den freien, demokratischen und offenen Charakter des Internets grundlegend verändern und durch Anhebung der bislang tiefen Markteintrittsschranken Innovation durch junge und kleine Unternehmen verhindern. Dieses Szenario befürchten die Befürworter von strengen Netzneutralitätsregeln.

Es würde ein Zwei-Klassen-Internet entstehen, in welchem die Ideen von egalitärem Zugang zu Information und Teilhabe am sozialen Leben für jedermann nicht mehr verwirklicht werden könnten. Das sei – neben Zensur und Verletzungen des Fernmeldegeheimnisses – die große Angst der Netzgemeinde.

Dieser Furcht wird entgegnet, das Netz sei zum einen noch nie neutral gewesen, habe also immer Gewinner und Verlierer hervorgebracht. Außerdem werde ein gewisses Netzwerk-Management ohnehin seit Jahren praktiziert, um die steigende Datenmenge abzuwickeln und die Nutzung zeitsensibler Anwendungen störungsfrei zu gewährleisten.

Zusammenfassend stellt Prof. Miriam Meckel in der Untersuchung fest, dass sich innerhalb der globalen Debatte zur Netzneutralität verschiedene Brennpunkte identifizieren lassen, die eng miteinander verknüpft sind. Diese fasst sie in vier Konflikten zusammen:

#### 1) Regulierung

Wie soll das Anliegen der Netzneutralität durchgesetzt werden? Soll der Markt darüber entscheiden oder der Staat?

#### 2) Investitionen

Wie soll die nötige Erweiterung der Netzinfrastruktur finanziert werden?

#### 3) Innovation

Wie soll das Internet zu Innovation und damit zu Wohlstand und Wirtschaftswachstum beitragen?

#### 4) Grundrechte

Wie können die verschiedenen tangierten Grundrechte durchgesetzt werden, ohne jene anderer zu beeinträchtigen?

## NEWS

### Lernbeginn schon in der Grundschule: Der Kampf gegen Cyber-Mobbing

Berlin – Um aktuelle Forschungsergebnisse, Präventionsmöglichkeiten und Rechtsfragen ging es beim 1. Internationalen Cyber-Mobbing Kongress in Berlin. Über 120 Experten aus dem In- und Ausland diskutierten das mittlerweile weltweit existierende Problem.



Dabei waren sich die Fachleute einig, dass bereits Kinder im Grundschulalter lernen müssten, mit den neuen Medien – ihren Möglichkeiten und Risiken – umzugehen. Bei den Präventionsmaßnahmen sollte deshalb vor allem der Erwerb von Medienkompetenz stehen. Angesprochen wurden gleichzeitig auch die Eltern. Sie sollten ihrer Verantwortung gerecht werden und ihre Kinder intensiver bei der Nutzung der „Neuen Medien“ begleiten. Uwe Leest, Vorsitzender des Bündnisses gegen Cyber-Mobbing e.V., forderte, dass das Problem stärker sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Familie diskutiert werden müsse: „Sonst werden wir das Phänomen nicht nachhaltig bekämpfen können.“

Weiteres Ziel müsse es sein, auch die Politik zu sensibilisieren – für einen bewussteren Umgang mit dem Internet. In diesem Zusammenhang forderte er ein Gesetz gegen Cyber-Mobbing. Leest: „Davon versprechen wir uns neben dem präventiven Charakter auch eine Abschreckung für die Täter.“

Das Bündnis gegen Cyber-Mobbing gibt es seit Juli 2011. Es klärt nicht nur über Cyber-Mobbing auf, sondern fördert die Medienkompetenz in Schulen mittels Elternabenden oder Infoveranstaltungen und bietet Hilfe im Internet an: [www.buendnis-gegen-cybermobbing.de](http://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de)

## ZWISCHENRUF

# NETZNEUTRALITÄT – DIE PERSPEKTIVE DER DIGITALEN WIRTSCHAFT

Präventive regulatorische Maßnahmen können die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Innovationen vereiteln

Von Dr. Bernhard Rohleder

*Berlin – Netzneutralität wird häufig als Sammelbegriff für eine möglichst umfassende Gleichbehandlung von Inhalten und Diensten im Internet verwendet. Sie erscheint als politisch-soziales Ziel, und die Rhetorik ist entsprechend. Es ist die Rede von der Zwei-Klassen-Gesellschaft im Internet, die man zu verhindern habe. Von Diskriminierung, die man nicht zulassen dürfe. Und von gleichem Recht für alle, das man erkämpfen müsse.*

Das soziale, vielleicht zudem wirtschaftliche Ziel der „Gleichheit“ wird dabei auch von jenen ganz nach oben gerückt, die sich aus dem so genannten „Best Effort Internet“ – das sie für andere fordern – selbst längst verabschiedet haben. Für ihre Partei, ihre Organisation oder auch ihr Medium mieten sie sich garantierte Kapazitäten in IP-Netzen, sind direkt am Point of Presence ihres Internet-Dienstleisters oder haben gar eigene Netze aufgebaut. Um VDSL und LTE machen sie einen großen Bogen.

Für all das bezahlen sie viel Geld. Eine Standleitung, wie man umgangssprachlich sagt, kostet in aller Regel ab 500 Euro einmaliger Anschlussgebühr

und dann jeweils ab 500 Euro pro Monat für den Dienst. Wer Netzneutralität so auslegt, dass es keinerlei Dienste-Differenzierung geben darf, zwingt all jene, die diese Differenzierung brauchen, in das Luxussegment der IP-Netze.

Die wenigsten können sich das leisten. Wer meint, im Internet seien heute alle gleich, übersieht die große Welt der IP-Netze und – selbstredend – die enorme Differenzierung, die sich durch die unterschiedlich leistungsfähigen Endgeräte ergibt. Bei Licht betrachtet sehen wir heute eine Zwei-Klassen-Gesellschaft im

kolls. Maßnahmen wie Managed Services sind in vielen Bereichen üblich und notwendig, um die je nach Dienst unterschiedlichen Erwartungen und Anforderungen der Nutzer erfüllen zu können. Diese Maßnahmen werden umso wichtiger, je stärker der Bedarf nach höheren und gesicherten Bandbreiten zunimmt.

Angesichts des rasant ansteigenden Datenverkehrs sind intelligent verwaltete Netze notwendig, um erstens Kapazitätsengpässen vorzubeugen und zweitens einem veränderten Nutzungsverhalten gerecht zu werden. In der Vergangenheit

Bei Licht betrachtet, sehen wir heute eine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Internet, wie sie extremer kaum sein kann.

Internet, wie sie extremer kaum sein kann. Und diejenigen, die sich eine besonders ausgeprägte Form der Netzneutralität auf die Fahnen geschrieben haben, bewegen sich oft in der Oberschicht.

Was dabei außerdem verkannt wird: Die Differenzierung des Datenverkehrs durch Traffic-Management ist eines der Prinzipien des gängigen Internet-Proto-

wurde das Internet fast ausschließlich als Plattform für Inhalte genutzt. Neuere Internetdienste, wie Videokonferenz-Angebote, dienen hingegen der Kommunikation in Echtzeit.

Solche Dienste verlangen nicht nur eine hohe Bandbreite, sondern auch weitere Qualitätsparameter. Denn bei

einer laufenden Konferenz kommt es zum Beispiel darauf an, dass alle Redebeiträge ohne Verzögerung übermittelt werden. Ähnliches gilt für die Tele-Medizin, Web-Videos, Musik-Streaming oder Online-Gaming. Mit einem puristischen Best-Effort-Ansatz, der jegliche Differenzierung ausschließt, könnten solche Dienste nur noch über extrem teure IP-Netze angeboten werden.

Andererseits können datenintensive Dienste wie Peer-to-Peer-Netzwerke große Ressourcen belegen und bei bestehenden Kapazitätsgrenzen zu einer starken Beeinträchtigung der Nutzungsqualität anderer User führen. Dem kann man mit Qualitätsdiensten entgegenwirken.



**Dr. Bernhard Rohleder (\* 1965)** ist Hauptgeschäftsführer des BITKOM. Er studierte Politikwissenschaft und promovierte an der FU Berlin zum Dr. rer. pol.. Nach beruflichen Startpositionen kam er 1994 als Pressesprecher und Assistent der Geschäftsführung zum Fachverband Informationstechnik im VDMA und ZVEI, Frankfurt/Main. Drei Jahre später übernahm Rohleder dort die Position des Stellvertretenden Geschäftsführers und kurz darauf jene des Geschäftsführers. 1997 wurde er parallel zum Generalsekretär des europäischen Spitzenverbands der IT-Branche, Eurobit, mit Sitz in Brüssel und Frankfurt berufen. Er fusionierte Eurobit im Jahr 2000 mit dem europäischen Verband der kommunikationstechnischen Industrie zur neuen Spitzenorganisation Digital Europe und vertrat die deutsche Hightech-Branche anschließend im dortigen Vorstand. Rohleder ist Mitglied im Beirat des DIVSI.

Manche Kritiker behaupten, Eingriffe in die Datenübertragung im Sinne eines Netzwerkmanagements seien vermeidbar: etwa, weil über das sogenannte Overprovisioning so viel Bandbreite zur Verfügung gestellt werden könne, dass das Netzwerkmanagement im Sinne eines Lastenmanagements weitestgehend entbehrlich werde. Zur Vermeidung der punktuell auftretenden Engpass-Situationen müsste jedoch die gesamte Netzinfrastruktur hochgerüstet werden. Ein solches extremes Overprovisioning wäre völlig unwirtschaftlich. Autobahnen sind ja auch nicht auf die Rush-Hour zur Ferienzeit ausgelegt.

Die Netzbetreiber sind sich einig, dass das Gebot eines offenen Internets essenzieller Bestandteil eines freiheitlich demokratischen Gemeinwesens ist, in

## Die Netzbetreiber sind sich einig, dass das Gebot eines offenen Internets essenzieller Bestandteil eines freiheitlich demokratischen Gemeinwesens ist.

dem alle Verbraucher und gewerblichen Kunden ihre jeweiligen Anbieter und Dienste frei wählen können. Grundlagen dieses offenen Internets sind Wettbewerb und Transparenz, leistungsfähige und intelligente Netze, innovative Geschäftsmodelle sowie ein stabiler Rechtsrahmen.

Best-Effort wird von den Netzbetreibern nicht infrage gestellt, sondern weiter ermöglicht und fortentwickelt. Netzwerkmanagement-Maßnahmen sollten dabei transparent, diskriminierungsfrei und nicht-exklusiv eingesetzt werden. So sollten die Provider etwa ihre Kunden vor Vertragsabschluss in standardisierter Form über netzneutralitätsrelevante Vertragsaspekte informieren.

Dazu gehören beispielsweise Datenlimits oder mögliche Einschränkungen der Geschwindigkeiten. Verbraucher und Geschäftskunden müssen gut informiert sein und dann frei über das jeweilige Angebot entscheiden können.

Die Frage, ob Dienste differenziert behandelt werden dürfen, sollte in erster Linie aufgrund folgender Fragen entschieden werden: Sind für die Erbringung des Dienstes bestimmte „Quality-of-Service“-Parameter erforderlich? Erfolgen die entsprechenden Priorisierungs-An-

gebote in wettbewerbskonformer, nicht-diskriminierender und transparenter Art und Weise gegenüber allen Nachfragern zu kommerziellen Bedingungen? Und führen sie weder bei Dienst-Anbietern noch Netzbetreibern zu Wettbewerbsverzerrungen?

In einem wettbewerbsintensiven Breitbandmarkt, in dem Offenheit und Diskriminierungsfreiheit gesichert sind, bedarf es keiner präventiven Regulierung. Inhalte-Anbieter und Endkunden sollen eine höherwertige, über „Best Effort“ liegende Qualität einkaufen können, um legale Dienste jederzeit reibungslos abrufen zu können.

Präventive regulatorische Maßnahmen können hingegen die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Innovationen der ITK-Branche vereiteln. In vielen

Branchen (z.B. Medien & Unterhaltung, Tele-Medizin, erneuerbare Energien etc.) entstehen innovative Anwendungen, die auf einer gesicherten Qualität der Datenübertragung basieren.

Die Netzbetreiber haben in den vergangenen 15 Jahren mehr als hundert Milliarden Euro in den Netzausbau investiert. Damit haben sie die Voraussetzungen geschaffen, Leistungen im sogenannten offenen Internet anbieten zu können, die vormals nur in IP-Netzen darstellbar waren – und dies zu unschlagbar günstigen Preisen. Dieses Rad darf nicht zurückgedreht werden. Im Gegenteil: Spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem in Deutschland flächendeckend Glasfaser-Anschlüsse verfügbar sind, wird es kaum mehr Engpässe geben.

An diesem Gigabit-Schlaraffenland muss gearbeitet werden, der Investitionsbedarf liegt bei etwa 80 Milliarden Euro. Die aktuelle Debatte um die Netzneutralität wird dann ohnehin verstummen. Und so gilt bis dahin: „Ja“ zur Netzneutralität. Gleiches soll gleich, Ungleiches darf ungleich behandelt werden. Willkürliche Diskriminierungen müssen dauerhaft ausgeschlossen bleiben.

## PROJEKT



Von Dr. Dirk Graudenz

*Hamburg – In der ersten Phase des Projekts „Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?“ geht es darum, die grundsätzliche Frage zu beantworten, ob ein Digitaler Kodex ein geeignetes Instrument ist, um die Spielregeln im Netz im Spannungsfeld der Netzteilnehmer auszutarieren. Dabei stehen aktuell Fragen wie der sachliche Anwendungsbereich (also beispielsweise Kommunikationsplattformen, Online-Händler oder Suchmaschinen), der inhaltliche Anwendungsbereich (etwa der Umgang mit persönlichen Daten, Cyber-Mobbing oder Urheberrecht) und die Adressaten eines Kodex (Wirtschaft/Plattformbetreiber, Nutzer oder der Staat) im Vordergrund.*

Eine mehrfach tagende und hochkarätig besetzte Expertengruppe unterstützt das Projekt tatkräftig sowohl als Resonanzraum für Thesen und Ergebnisse als auch in einer Rolle als Impulsgeber für die weitere inhaltliche Arbeit des Projektteams. Die genannten Fragen wurden in der zweiten Sitzung dieses Kreises am 10. September in Berlin ausführlich diskutiert. Die Ergebnisse dieser Runde werden in der weiteren Ausgestaltung der ersten Projektphase bis Ende März 2014 eine wichtige Rolle spielen.

# BRAUCHT DEUTSCHLAND EINEN DIGITALEN KODEX?

Diskutieren Sie mit: Info-Veranstaltung in Hamburg

In den Diskussionen der Experten hat insbesondere die Rolle von Internet-Plattformen einen breiten Raum eingenommen. Dieser Themenkreis wird in einer weiteren Veranstaltung aufgegriffen. DIVSI lädt zur zweiten öffentlichen Veranstaltung des Projekts ein:

- Titel: „Facebook, WhatsApp, Google+: Wer macht die Regeln?“
- Termin: 7. November 2013, 18.00 Uhr
- Ort: Hamburg (Bucerius Law School, Hochschule für Rechtswissenschaft, Moot Court, Jungiusstraße 6)

Was macht die Aufgabe so schwierig? Die hohe Geschwindigkeit, mit der das Netz seit rund 15 Jahren unser aller Leben verändert, führt dazu, dass sich verbindliche Verhaltensregeln für alle am Netz Beteiligten – Wirtschaft, Staat und die einzelnen Nutzer im privaten und beruflichen Umfeld – noch nicht etabliert haben bzw. schnell wieder überholt sind. Der Wandel ist umfassend und deutlich: Etablierte „analoge“ Institutionen werden verdrängt (Beispiel Online-Handel), grundsätzlich neue Verhaltens- und Lebensweisen entstehen (z. B. das Phänomen „always online“) und das Netz erobert neue Bereiche, die bisher nur in geringem Umfang mit Kommunikationsinfrastruktur versehen waren (z. B. mobiler Zugriff mit Hilfe von Apps).

Hinzu kommt, dass man sich früher im (analogen) öffentlichen Raum traf, in dem der Staat die Regeln setzt und für die Gültigkeit der Grundrechte einsteht. Heute kommuniziert man im digitalen Netz, bei dem die Verhaltensweisen durch Geschäftsbedingungen und Codes privatwirtschaftlicher Anbieter festgelegt werden.



**Dr. Dirk Graudenz (\*1965)** ist freiberuflicher Unternehmensberater zu strategischen Themen im Schnittpunkt von Informationstechnologie und öffentlichem Sektor sowie zu Fragen der IT-Governance und IT-Organisation. Sein besonderes Interesse gilt Design-Thinking-Ansätzen zur Ideenfindung und gesellschaftlichen Entwicklungen im Kontext neuer Medien.

# DIESE ZEHN EXPERTEN BEGLEITEN DAS PROJEKT

Ein Überblick, wer sein Wissen einfließen lässt und warum.



**Patrick von Braunmühl**

ist Geschäftsführer des gemeinnützigen Vereins Selbstregulierung Informationswirtschaft (SRIW), dessen Ziel die Förderung von Datenschutz und Verbraucherschutz durch Instrumente der Selbstregulierung ist. Gründungsmitglieder sind der ITK-Verband BITKOM sowie führende Unternehmen der Internet-Branche. Bis Mai 2012 war von Braunmühl in Indien als Leiter des Projektes „Nachhaltiger Konsum und Verbraucherschutz“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Dabei beriet er die indische Regierung zu verbraucherpolitischen Themen und führte Pilotprojekte zum Aufbau IT-gestützter Verbraucherberatungs- und Schlichtungsstellen durch. Vor 2009 hat er unter anderem als Mitglied der Geschäftsleitung bei Cisco Deutschland, als stellvertretender Vorstand beim Bundesverband der Verbraucherzentralen sowie bei der Bertelsmann AG gearbeitet.

Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Was die digitale Revolution für unseren Gesellschaftsvertrag bedeutet und ob soziale Normen teilweise neu definiert werden müssen, ist eine der spannendsten Fragen unserer Zeit. Ich bin gespannt, welche Antworten das Projekt ‚Digitaler Kodex‘ auf diese Fragen findet.“



**Prof. Dr. Rüdiger Grimm**

ist Professor für IT-Riskmanagement und Dekan des Fachbereichs Informatik an der Universität in Koblenz. Sein Schwerpunkt in Forschung und Lehre sind aktuelle Herausforderungen der IT-Sicherheit, zum Beispiel Usage Rights Management, E-Voting, E-Identification, E-Commerce und IT-Forensik. Neben der Gestaltung von Anwendungen entwickelt er IT-Sicherheitsmodelle. Er ist außerdem als wissenschaftlicher Berater und Ombudsmann für Gute Wissenschaftliche Praxis des Fraunhofer-Instituts für Sichere Informationstechnologie (SIT) in Darmstadt tätig.

Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Eigentlich sind Datenschutz und Urheberrecht klar geregelt, für das Internet sind sogar aktuelle Novellierungen in Kraft getreten. De facto aber werden beide Rechte im Internet notorisch ignoriert oder jedenfalls anders behandelt als vom Recht vorgesehen. Es ist die Frage, ob die traditionelle Form der Rechtsetzung für die modernen Kommunikationsformen im Internet und mit mobilen Anwendungen noch ausreichend oder überhaupt angemessen ist. Welche anderen Formen verbindlicher Festlegung von Verhalten sind dann aber denkbar? Hier betreten wir Neuland. Das Zusammenspiel von ethischen Normen, guten Sitten, klaren Rechtsansprüchen und innovativen Grenzüberschreitungen ist eine der spannendsten Herausforderungen der modernen Gesellschaft. Hierzu ist interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Kommunikation zwischen Praktikern und Theoretikern der Medien, Politik, Wirtschaft und Forschung erforderlich.“



**Dr. Hans Hege**

ist Jurist und Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb). Er war bis August 2008 Vorsitzender der Gemeinsamen Stelle Digitaler Zugang der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten und ist seit 1. September 2008 Beauftragter für Plattformregulierung und Digitalen Zugang der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalten sowie Mitglied der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK). Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Wir brauchen eine breite und fundierte Diskussion zu der Frage, wer im Netz welche Verantwortung wofür trägt. Die digitale Lebenswirklichkeit ist überaus chancenreich, sie fordert uns aber auch einiges ab. Politik und Gesellschaft müssen gemeinsam einen Rahmen für zeitgemäße Zuständigkeiten, moderne Sicherheitsstrukturen sowie innovative Förderung im Netz erarbeiten. Auch die Medienregulierung muss sich dahingehend neu entwerfen. Als Regulierer liegt mir besonders daran, dass der Zugang zu Infrastrukturen und Inhalten allen gleichermaßen offen steht.“



**Dr. Michael Littger**

leitet beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) das Themenfeld Digitale Wirtschaft, Telekommunikation und Medien. Zuvor war Littger in der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission in Brüssel sowie für die US-Kanzlei Mayer Brown LLP tätig. Seine Promotionsarbeit befasste sich mit Strategien der Co-Regulierung für Wirtschaft und Unternehmen. Littger ist Mitglied in Think Tanks zur Internet-Forschung, unter anderem dem Feldafinger Kreis.

Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Der Umgang mit digitalen Veränderungen gehört zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Sie erfordert eine Debatte über kluge Regulierungsstrategien – und damit auch über die geeigneten Regelungsinstrumente. Ein Kodex hat das Potenzial, relevante Fragen der Digitalisierung rasch aufzugreifen und daraus intelligente Lösungen zu entwickeln. Zudem können sich eine hohe Dynamik bei der Regelfindung sowie eine stärkere Akzeptanz bei den Adressaten ergeben. Die Anforderungen an die Kodex-Architektur und ihre Umsetzung müssen dafür jedoch genau geprüft werden. Das Projekt von DIVSI und iRights.Lab schafft sehr gute Voraussetzungen, diese Zukunftsdebatte – aus unterschiedlichen Blickwinkeln – konstruktiv zu bestreiten.“



**Nico Lumma**

ist freier Autor und Berater in Hamburg. Er bloggt seit vielen Jahren auf lumma.de. Er ist Mitglied im Gesprächskreis Netzpolitik des SPD-Parteivorstandes. 2011 hat er den Verein D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt mitgegründet und ist dort als Co-Vorsitzender aktiv. Laut Wirtschaftswoche 19/2012 gehört er zu den 100 wichtigsten Internet-Köpfen in Deutschland. Er war in den unterschiedlichsten leitenden Positionen tätig, unter anderem als Director Social Media bei Scholz & Friends. Außerdem war er ständiger Sachverständiger der Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ am Landtag Rheinland-Pfalz 2009/2010.

Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Die Digitalisierung der Gesellschaft sorgt für eine Neubestimmung unserer Positionen und unserer Werte als westliche Gesellschaft. Daher ist die Diskussion um einen Digitalen Kodex längst überfällig.“

## Großbritannien wird CeBIT-Partnerland

Hannover - Großbritannien wird im nächsten Jahr Partnerland der CeBIT. In London wurde die entsprechende Absichtserklärung mit dem deutschen Branchenverband BITKOM und dem britischen Ministerium für Handel und Investitionen unterzeichnet.



„Die Partnerschaft dieser beiden Wirtschaftsnationen demonstriert europäische Stärke. Deutschland und Großbritannien sind nicht nur Heimat von Global Playern der IT-Branche, sie verfügen auch über sehr aktive Startup-Szenen. Die künftig noch engere Zusammenarbeit birgt enormes Geschäftspotenzial für beide Seiten“, sagte Oliver Frese, CeBIT-Vorstand der Deutschen Messe AG.

Nick Baird vom britischen Handelsministerium erklärte: „Das Partnerland der CeBIT zu sein, signalisiert die Bedeutung unserer Beziehung zu Deutschland. Großbritannien ist Deutschlands größter Handelspartner. Und für uns ist Deutschland der wichtigste Exportmarkt in Europa und zweitwichtigster weltweit. Diese Zusammenarbeit ist ein weiteres Beispiel für das starke Band, welches unsere Wirtschaften und auch die Länder verbindet.“

BITKOM-Präsident Prof. Dieter Kempf ergänzte: „Großbritannien ist nach Deutschland der zweitgrößte Markt für ITK in Europa. Von dem erwarteten Austausch auf der CeBIT werden die Aussteller besonders profitieren können. Gerade Mittelständler können mit wenig Aufwand wichtige internationale Kontakte knüpfen.“

Hochrangige Regierungsmitglieder beider Länder werden zum Deutsch-Britischen IT-Gipfel am 10. März 2014, dem Eröffnungstag der CeBIT, erwartet. Die Messe endet am 14. März. Sie gilt als weltgrößtes Treffen der IT-Branche. Der „Big Data“ genannte IT-Trend zu einer immer umfangreicheren Datenverarbeitung soll sich wie ein roter Faden durch die gesamte CeBIT ziehen.



**Dr. Alexandra Manske**

lebt und arbeitet in Berlin, wo sie bis Mai 2013 am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin das Forschungsprojekt „Die Kultur- und Kreativwirtschaft als kreativer Zulieferer für die Automobilindustrie“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung geleitet hat. Seit mehr als zehn Jahren erforscht sie Arbeits- und Sozialverhältnisse in der Kultur-Kreativwirtschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind der Wandel der Arbeitsgesellschaft und ihrer Ungleichheitskonfigurationen, urbane Kreativmilieus und Geschlechterforschung. Sie promovierte 2005 zu dem Thema „Prekarisierung auf hohem Niveau. Web Worker und die Ungleichheitsordnung von Arbeit“. In Kürze erscheint im transcript-Verlag ihr Buch „Kapitalistische Geister in der Kultur- und Kreativwirtschaft“.

Darum arbeitet sie in der Expertengruppe mit:

„Als Mitglied der Experten-Kommission Digitaler Kodex treiben mich aus soziologischer Perspektive folgende Fragen um: Wer hat welche Interessen im Netz? Wie könnten soziale Verkehrsregeln im digitalen Leben aussehen? Wie vermitteln sich Interessen mit Verantwortung und was heißt das: Verantwortung übernehmen im digitalen, sozialen Regelgeflecht?“

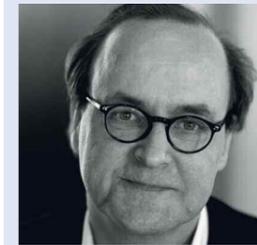


**Peter Schaar**

ist seit 2003 der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI). Er engagiert sich außerdem in der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit, der Europäischen Akademie für Datenschutz und Informationsfreiheit (EAID), in der Gesellschaft für Informatik und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit. Für sein Buch „Das Ende der Privatsphäre“ bekam er den Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Gesellschaftliche Wertvorstellungen brauchen Zeit, um sich herauszubilden. Die rasante technologische Entwicklung stellt Entscheider und Betroffene ständig vor neue Fragen, die sich vielfach nicht innerhalb eines gewachsenen Normensystems beantworten lassen. Der insbesondere in Deutschland unternommene Versuch, alle Eventualitäten im Detail zu regeln, ist zum Scheitern verurteilt. Deshalb brauchen wir einen Top-Down-Ansatz, der ausgehend von grundlegenden Wertentscheidungen rechtliche Vorgaben und Ziele definiert, die unter Mitwirkung aller Betroffenen konkretisiert werden. Die dabei entwickelten Vorgaben sollten für alle Beteiligten verbindlich sein. Voraussetzung dafür ist ein stabiler gesetzlicher Rahmen, der auch Verfahrensregelungen und Durchsetzungsmechanismen festlegt. Ein digitaler Kodex, der entwicklungs offen den jeweiligen Stand beschreibt und Verhaltensrichtlinien gibt, kann hierfür hilfreich sein.“



**Thorsten Schilling**

ist seit Oktober 2000 Leiter des Fachbereichs Multimedia der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn und Berlin (bpb). Er ist Journalist und Chefredakteur des Magazins fluter, dem Jugendmagazin der bpb. Von 1982 bis 1986 studierte Schilling Philosophie/Marxismus-Leninismus in Leipzig. Im Juli 1989 wurde er aus politischen Gründen aus der DDR ausgewiesen. Danach war er unter anderem Pressesprecher des Magistrats Berlin (Ost), des Senators für Jugend und Familie in Berlin. Zudem war er Projektmanager für die Galerie Eigen+Art Berlin und organisierte für die documenta X den Hybrid Eigen + Workspace als temporäres Medienlabor. Schilling war 1998 Gründungsmitglied von mikro e.V. und bis 2000 Vorsitzender des Vereins zur Pflege der Medienkulturen in Berlin.

Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Ich finde die Themen, die bei der Diskussion um einen möglichen Digitalen Kodex diskutiert werden, wichtig und wert, sie in den verschiedensten Bereichen und Perspektiven zu diskutieren. Spannend finde ich auch herauszufinden, ob meine doch ausgeprägte Skepsis, was die Möglichkeit der Erstellung eines solchen Kodex in den eher idyllischen Rahmenbedingungen einer Expertenrunde angeht, im Laufe der Diskussion widerlegt werden kann. Wirksame Codices entstehen doch eher im Zuge von öffentlichem Streit, glaube ich.“



**Dr. Sönke E. Schulz**

ist Jurist, wissenschaftlicher Assistent und Geschäftsführer des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, wo er 2008 zum Thema „Änderungsfeste Grundrechte“ promoviert hat. Zudem ist er Habilitand bei Prof. Dr. Utz Schliesky, Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf die öffentliche Verwaltung, Rechtsfragen des Cloud Computing sowie des technikgestützten Identitätsmanagements.

Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Angeichts der oft fehlenden Steuerungswirkungen des Rechts in der digitalen Welt – die Juristen durch neueste Entwicklungen beständig vor Augen geführt werden – erscheint eine intensivere Befassung mit außerrechtlichen Wirkungsmechanismen aus interdisziplinärer Perspektive zielführend. Damit setzt das Projekt Digitaler Kodex zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle an – und kann auch für Rechtspolitik, Rechtswissenschaft und Rechtspraxis wertvolle Hinweise liefern.“



**Prof. Dr. Wolfgang Schulz**

ist Direktor des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft in Berlin und des Hans-Bredow-Instituts in Hamburg. Er war sachverständiges Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Seit November 2011 hat er die Universitätsprofessur „Medienrecht und Öffentliches Recht einschließlich ihrer theoretischen Grundlagen“ an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg inne. Die Schwerpunkte seiner Arbeit liegen bei Problemen der rechtlichen Regulierung von Medieninhalten und den Rechtsgrundlagen journalistischer Arbeit; zudem forscht er im Bereich Internet-Governance und zu den Grundlagen der Kommunikationsfreiheiten. Dazu kommen Arbeiten zu Handlungsformen des Staates, etwa im Rahmen von Konzepten „regulierter Selbstregulierung“ und international vergleichende Studien. Darum arbeitet er in der Expertengruppe mit:

„Gerade im Netz strukturiert nicht allein formales Recht das Verhalten, auch soziale Normen und der ‚Code‘, die Software-Architektur, sind bedeutsam. Wenn wir uns fragen, wie eine angemessene Regelungsstruktur für die digitale Gesellschaft aussieht, müssen wir das Zusammenspiel dieser Faktoren verstehen. Ausgangspunkt sollte dabei immer ein konkretes Problem sein, Regulierung ist kein Selbstzweck. Die Reaktion auf ein solches Problem kann möglicherweise eine neue Kodifizierung – ein Digitaler Kodex – sein, vielleicht muss die Regelungsstruktur aber auch auf andere Weise optimiert werden.“



# DER NEUE BUNDESTAG UND DIE NETZPOLITIK

Einigkeit herrscht bei den Themen –  
nur über das WIE differieren die Meinungen

Von Dr. Göttrik Wewer

*Berlin – Dass das Internet die Art und Weise, wie wir leben, arbeiten und wirtschaften, radikal verändert, ist inzwischen eine Binsenweisheit. Die digitale Revolution, die sämtliche Politikfelder umplügt, erfordert eigentlich eine ganzheitliche Antwort auf eine Vielzahl von Fragen: Wie wollen wir in Zukunft leben, arbeiten und wirtschaften? Und wie können wir die künftige Gesellschaft, die allgemein als erstrebenswert angesehen wird, am besten erreichen und als Standort wettbewerbsfähig bleiben? Wie wol-*

*len wir, wenn die Welle uns nicht einfach überrollen soll, den Wandel politisch gestalten? Wie stellen wir uns eine ideale „Verfassung“ des Internets vor – neudeutsch: dessen Governance, also den Zugang zum Netz für alle und dessen Infrastrukturen und Institutionen? Welche verbindlichen „Spielregeln“ wünschen wir uns bei der Nutzung des Netzes und für den Umgang miteinander dort? Und welche Modelle einer „digitalen Demokratie“ sind denkbar und praktikabel, die den politischen Betrieb, so wie wir ihn kennen, vitalisieren könnten? Wie können wir auch im Internet ein System der Checks and Balances installieren, das unkontrollierter Machtausübung entgegen wirkt? Das sind nur einige der Fragen, vor denen wir stehen.*

Wenn die Antworten nicht Stückwerk bleiben sollen, braucht man eine Gesamt-

schau der Digitalisierung und der Veränderungen unserer Lebenswelt, die sie mit sich bringt. Wenn die Maßnahmen, die ergriffen werden, um den Wandel zu gestalten, ineinander greifen und sich nicht widersprechen sollen, dann braucht man ein integriertes Gesamtkonzept für die Lösung der Probleme, die bewältigt werden müssen, eine Agenda mit klaren Prioritäten.

Und wenn nicht jedes Ressort vor sich hin werkeln soll, ohne nach links und rechts zu gucken, dann braucht es jemanden, der die Umsetzung koordiniert und dafür sorgt, dass die Agenda abgearbeitet wird. Das ist der Grund, weshalb einige über einen „Internet-Minister“ in der neuen Bundesregierung nachdenken, womöglich direkt angesiedelt im Kanzleramt, und über einen ständigen Ausschuss „Internet und digitale Gesellschaft“ im neuen Deutschen Bundestag.

Bisher verfügten weder das Parlament noch die Regierung über ein umfassendes und in sich stimmiges Konzept zur Bewältigung und Gestaltung der digitalen Revolution. Die Vielfalt der Themen, die zu bearbeiten sind, schien noch am

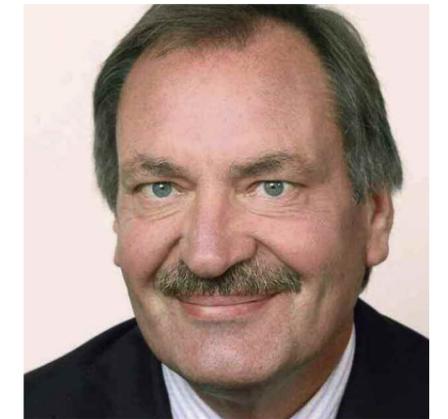
E-Government-Strategie (NEGS) und eine „Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland“ erarbeitet worden. Für eine Digitale Agenda für die nächsten vier Jahre und darüber hinaus bieten auch die vier Bände, welche die Enquete-Kommission

## Bisher verfügten weder das Parlament noch die Regierung über ein umfassendes und in sich stimmiges Konzept

ehesten in den Beratungen, Beschlüssen und Maßnahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie organisierten IT-Gipfels auf; andere Häuser kümmerten sich vorrangig um Forschung und (Aus-)Bildung oder um das elektronische Regieren und Verwalten. Im IT-Planungsrat sind – gemeinsam mit den Ländern und Kommunen – die Nationale

„Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages vorgelegt hat, reichhaltiges Material. Hier werden praktisch alle Themen angesprochen, auf die es jetzt ankommt.

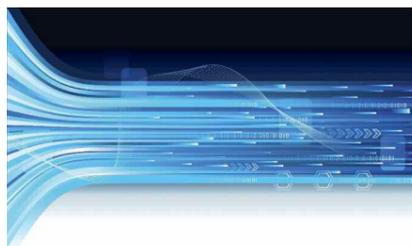
In die Wahlprogramme der Parteien sind davon, wie eine aktuelle Analyse zeigt, nur Bruchstücke eingeflossen. Da Netzpolitik, obwohl so wichtig, nicht zu



**Dr. Göttrik Wewer (\*1954)**  
ist Vice President E-Government bei der Deutsche Post Consult GmbH. Er war Staatssekretär im niedersächsischen Kultusministerium sowie im Bundesministerium des Innern, danach Staatsrat für Bildung und Wissenschaft bzw. für Inneres und Sport in Bremen, später Geschäftsführer der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA). Wewer ist Autor der jüngsten Broschüre aus der DIVSI-Schriftenreihe „Diskussionsbeiträge“. Titel: „Digitale Agenda 2013-2017. Netzpolitik im neuen Deutschen Bundestag“.

den Themen gehört, die die Bürger besonders umtreiben, kann man es den Parteien nicht verdenken, dass sie nicht ihr ganzes Programm aus der Perspektive der digitalen Revolution heraus geschrieben, sondern diesen speziellen Themen allenfalls zehn Prozent des Programms gewidmet haben.

Das gilt selbst für die Piraten, deren Wahlprogramm 166 Seiten umfasst. Das der Grünen ist mit 327 Seiten (inklusive Register) fast doppelt so dick. Die SPD braucht knapp 120 Seiten, um das zu sagen, was sie vorhat, die FDP 95 Seiten. CDU und CSU kommen zusammen mit knapp 80 Seiten (im DIN A 4-Format) aus. Selbst die dürfte kaum ein Wähler komplett gelesen haben.



Netzpolitik steht also nicht unbedingt im Mittelpunkt der Wahlprogramme, aber kein Wahlprogramm kommt heute noch damit aus, nichts zu diesem neuen Politikfeld zu sagen. Alle Parteien setzen sich also mit der Digitalisierung der Gesellschaft auseinander, das ist die positive Nachricht. Sie sind sich auch bei den Themen weitgehend einig, die jetzt angepackt werden müssen, unterscheiden sich aber teilweise erheblich darin, wie diese Themen angepackt werden sollen. Während praktisch alle Parteien die Netzpolitik gesetzlich absichern wollen, will die Union erst prüfen, ob das wirklich notwendig ist, und verweist die FDP darauf, dass dieses Grundprinzip eigentlich schon anerkannt sei und dass es eine Diskriminierung von einzelnen Angeboten „innerhalb einer Dienstklasse“ nicht geben dürfe. Während die Grünen die einzige Partei sind, die sich intensiver Gedanken zur Governance des Internets macht, beschwört die Union besonders die wirtschaftlichen Potenziale. Der FDP geht es vorrangig um Grundrechte und die Freiheit der Bürger im Netz, der SPD

## Den Verbraucher- und Datenschutz wollen alle stärken, das Urheberrecht alle neu regeln.

um eine bessere soziale Absicherung von Kreativen und Künstlern in der digitalen Ökonomie. Den Verbraucher- und Datenschutz wollen alle stärken, das Urheberrecht alle neu regeln.

Wenn man die Wahlprogramme nebeneinander legt, dann hat man bereits die Konturen einer Digitalen Agenda für die kommende Legislaturperiode. Es gibt, wie gesagt, einen erstaunlich breiten

Konsens über die Themen, die zu bearbeiten sind, aber nicht immer Einigkeit über die richtige Lösung. Während SPD und Grüne eine Breitbandversorgung per Universaldienst anstreben, wollen CDU/CSU und FDP möglichst keine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen. Die Konfliktlinien, die sich abzeichnen, verlaufen häufig zwischen „schwarz-gelb“ einer-

## Wird es für die nächsten vier Jahre so etwas wie eine Digitale Agenda für Deutschland geben?

seits und „rot-grün“ andererseits, aber auch innerhalb der bisherigen Koalition ist man sich längst nicht in allen Punkten einig. So will die Union immer noch eine verfassungskonforme Vorratsdatenspeicherung durchsetzen – aus inhaltlichen Gründen, aber auch, um einer Vorgabe der EU nachzukommen – was aber die FDP nach wie vor strikt ablehnt.

Welche Wahlprogramme eine Chance haben werden, in eine Koalitionsvereinbarung, in die Regierungserklärung und in das Arbeitsprogramm der Bundesregierung einzufließen, hängt vom Ergebnis der Bundestagswahl ab. Diese drei Dokumente werden zeigen, welchen Stellenwert die neue Regierung der Netzpolitik einräumt und ob es für die nächsten vier Jahre so etwas wie eine Digitale Agenda für Deutschland – ähnlich wie die der EU-Kommission für Europa – geben wird. Die Parteien, die in der Opposition verbleiben müssen, werden dafür sorgen, dass alle Punkte aus den Wahlprogrammen, die zu Netzpolitik gehören, auf die Tagesordnung des Parlaments kommen werden. Die Mehrheit kann ihre Vorstellungen umsetzen, das kann die Minderheit nicht. Aber sie kann sich dafür einsetzen, dass auch die Themen nicht ausgespart werden, die der Regierung eher unangenehm sind. Insofern ist sicher: Alle Themen, die in den Wahlprogrammen angesprochen werden, kommen auf den Tisch.

### NEWS

#### Ein CIO für NRW

Düsseldorf – Ministerialdirigent Hartmut Beuß wird „Beauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik (CIO)“. Er tritt dieses Amt zum 1. November an. Einem entsprechenden Vorschlag von Innenminister Ralf Jäger hat die Landesregierung jetzt zugestimmt. Jahrelange Diskussionen um die Schaffung dieser Position sind damit beendet.



Der IT-Beauftragte wird sich künftig für eine moderne und sichere Verwaltung einsetzen. Außerdem soll er Verfahren vereinfachen und neue IT-Strategien entwickeln. „Hartmut Beuß hat als langjähriger Abteilungsleiter im Innenministerium große Erfahrung in der Informationstechnik, der Verwaltungsmodernisierung und der Landesorganisation“, erklärte Innenminister Jäger. „Mit ihm als CIO macht NRW einen weiteren Schritt in eine fortschrittliche Zukunft. Nur mit klaren Zielen und einer gemeinsamen Strategie können wir die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung weiter steigern. Es geht darum, Demokratie weiter zu entwickeln, sie lebendig zu gestalten und die Verwaltung bürgerfreundlicher zu machen.“

Der CIO wird im Ministerium für Inneres und Kommunales angesiedelt. „Ich freue mich auf die neue Herausforderung. Eine leistungsfähige, zukunftsorientierte und bürgernahe Verwaltung ist ohne moderne IT und Kommunikationskanäle nicht mehr vorstellbar“, erklärte Hartmut Beuß. „Dafür ist zentrale Planung ebenso unverzichtbar wie die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Fachressorts und auch mit der kommunalen Familie.“

# WIR WARTEN AUF IHREN BEITRAG!

Das DIVSI legt eine neue Schriftenreihe auf. Gesucht sind Themen zur Diskussion um Vertrauen und Sicherheit im Internet

Von Dr. Göttrik Wewer

*Hamburg – Think Tanks wie das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) haben im Prinzip drei Instrumente, mit denen sie arbeiten können:*

- Sie können Projekte betreiben, Studien vergeben oder Umfragen veranstalten, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen.
- Sie können diese Erkenntnisse dann in Veranstaltungen – Vorträge, Seminare, Workshops, Kongresse – öffentlich präsentieren und zur Diskussion stellen.
- Sie können diese Erkenntnisse publizieren – ob nun als eigenständige Veröffentlichung, also als Buch oder Broschüre, oder als Beiträge in Zeitungen, Zeitschriften (wie dem DIVSI magazin) oder in Büchern von anderen oder als Download auf der eigenen Homepage –, um auch Menschen zu erreichen, die von den Veranstaltungen nichts wussten oder nicht teilnehmen konnten.

Ziel ist natürlich, auf diese Weise möglichst viele Menschen zu erreichen, Beiträge zur öffentlichen Diskussion zu leisten oder auch Themen auf die Agenda zu setzen, die wichtig, aber bisher vernachlässigt worden sind. Die Studien zu den verschiedenen Internet-Milieus in Deutschland, die deutlich gemacht haben, dass es ganz verschiedene Nutzertypen gibt, die sich nicht einfach über einen Kamm scheren lassen, oder das

Dialogprojekt „Digitaler Kodex“ sind Beispiele dafür, wie das DIVSI daran arbeitet, eigenständige Beiträge zur öffentlichen Diskussion zu leisten und damit diese voranzutreiben.

Neue, manchmal überraschende Erkenntnisse sind dafür die Grundlage. Wenn es nichts zu berichten gibt, braucht man auch keine Veranstaltungen oder Veröffentlichungen. Andererseits nützen Erkenntnisse wenig, die in der Schublade vermodern. Wenn sie die Diskussion befruchten sollen, dann muss man sie unter die Leute bringen. „Tue Gutes und rede drüber“, heißt bekanntlich eine alte Losung.

Aufwändige Projekte können sich über Jahre hinziehen; Studien können mehrere hundert Seiten umfassen. Aber nicht jeder hat die Zeit und die Lust, dicke Bücher zu lesen, und nicht zu jedem Thema muss über Monate geforscht werden.

Die Reihe „Diskussionsbeiträge“ soll hier die Lücke schließen zwischen dem DIVSI magazin, das kurz und kompakt über die Aktivitäten des Instituts berichtet, und den größeren Studien und Projekten, die eine längere Laufzeit haben: durch relativ knappe Abhandlungen, die auch eilige Leser noch verarbeiten können, die alle um die drei Begriffe Vertrauen, Sicherheit und Internet kreisen, die immer den Kenntnisstand zusammenfassen, den es zum jeweiligen Thema gibt, und die darüber hinaus Denkanstöße für die öffentliche Debatte geben. Genau das nämlich sollen sie sein: Beiträge, die zum Nachdenken anregen, auch zum Widerspruch.

Das DIVSI lädt dazu Autorinnen und Autoren ein, die einschlägig ausgewiesen

### AUTORENCHANCE



sind. Wie sie ihr Thema abhandeln, bleibt ihnen dabei selbst überlassen. Insofern müssen diese Beiträge auch nicht unbedingt der Position des DIVSI entsprechen, sondern sie sollen die Diskussion anregen. Je mehr sich aus unterschiedlicher Perspektive Gedanken darüber machen, wie Vertrauen und Sicherheit im Internet gefördert werden können, umso besser. Mit den ersten drei Heften ist ein Anfang gemacht, weitere sind in Arbeit.

# KOMPLEXE THEMEN – SCHNELL UND EINFACH!

Relaunch des DIVSI Internet-Auftritts abgeschlossen

Von Alexander Braun und Michael Schneider

**Hamburg – Seit Ende August präsentiert sich das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet mit einem neuen Web-Auftritt. Benutzerfreundlichkeit und Ergebnisrelevanz – unter diesem Motto stand der Relaunch der neuen Website. Zentrale Technologietreiber wie Mobile, Social Media und Datenanalyse standen auch hierbei im Zentrum und nahmen aufgrund ihrer Auswirkungen auf Datenschutz und Privatsphäre bei DIVSI einen besonderen Stellenwert ein.**

Alexander Braun, Geschäftsführer der für den Relaunch verantwortlichen Berliner Agentur CREATIVE CONSTRUCTION HEROES, und Michael Schneider, Leiter Kommunikation am DIVSI, erläutern die Neugestaltung und riskieren einen Blick in die weitere Zukunft.



**Alexander Braun (\*1976)**  
ist Gründer und Geschäftsführer der CREATIVE CONSTRUCTION HEROES GMBH in Berlin und ist seit 1999 in der Entwicklung von Internet-Projekten und Startups aktiv.

**Michael Schneider:** Wir wollten bei der Neugestaltung des Webauftritts eine Struktur schaffen, in der jeder User auch bei erstmaliger Nutzung sowohl einen schnellen Überblick als auch zielgerichtet genau die gewünschte Information erhält. Erste Rückmeldungen machen deutlich, dass dies gelungen ist und das DIVSI Informationsangebot genutzt und geschätzt wird.

**Alexander Braun:** Dabei ist die Nutzung jetzt wesentlich einfacher und effektiver. Bislang nur versteckt in PDFs vorhandene Informationen sind nun direkt integriert und werden gefunden – sowohl von Besuchern als auch von Suchmaschinen. Die Fülle an interessanten und tiefgehenden DIVSI Informationen in Studien und Magazinen ist damit kundengerecht aufbereitet.



**Michael Schneider (\*1967)**  
leitet seit Anfang 2013 den Bereich Kommunikation am DIVSI.

**Michael Schneider:** Durch eine überlegte Verschlagwortung und ein intelligent konzipiertes Content-Management-System finden User schnell, wonach sie bei uns suchen. Inhaltlich verwandte Artikel oder Beiträge werden so als weiterführende, vertiefende Information offeriert. Alles ist sinnvoll verzahnt.

**Alexander Braun:** Die insgesamt vereinfachte Funktionalität macht den Umgang mit der Website selbsterklärend. Darüber hinaus kann jetzt jede Studie mit ihren einzelnen Teilaspekten von Besuchern in ihren Blogs, via Facebook oder Twitter geteilt werden. Diese Aspekte sind nun in ihrer granularen Aufbereitung direkt adressierbar, Grafiken lassen sich extern direkt einbinden. Dies erhöht die Verbreitung der Erkenntnisse von DIVSI weit über die eigene Website hinaus und multipliziert die Anzahl der erreichbaren Interessenten.

**Michael Schneider:** Das wurde bereits wenige Tage nach dem Going Live sichtbar. Die Besucher verweilen fast doppelt so lange wie vorher auf der DIVSI Website. Auch die Nutzungsintensität steigt; es werden mehr Seiten aufgerufen und mehr Information heruntergeladen als vor dem Relaunch – ein Ergebnis des von uns zugrunde gelegten Gestaltungsleitsatzes „Form follows function“.

**Alexander Braun:** Hier kommen mehrere Aspekte zusammen: Die klare Struktur, die Einführung großflächigen Bildmaterials und Weißraums schafft Wertigkeit und entspannt das Auge.

Weiterhin haben wir das Problem des verstreuten Informationsangebots dadurch gelöst, dass wir zusätzlich zur einheitlichen Verschlagwortung eine umfassende Linkstruktur angelegt haben. Dem Nutzer werden jeweils am Ende eines jeden Inhalts-Elementes Querverweise zu weiterführendem Material zum selben Thema strukturiert nach Inhalts-Typ angezeigt. Der Zugang zu relevanten Inhalten wird somit erleichtert.

Aber auch der Wandel der Nutzungsgewohnheiten spielt eine zentrale Rolle: Im Zuge der verstärkten Nutzung mobiler Geräte wie Tablets oder Smartphones ist die Optimierung der Darstellung für diese

scheiden bewusst selbst, ob ihre Daten an die Betreiber der Netzwerkplattformen übermittelt werden oder nicht.

**Alexander Braun:** Spätestens seit den Enthüllungen rund um PRISM und die NSA wird dies nicht nur von Verschwörungstheoretikern geschätzt und gefordert. Da für DIVSI Themen wie Datenschutz und Privatsphäre im Zentrum stehen, kam für uns keine anderweitige Integration in Frage: Den Besuchern steht es frei, DIVSI Inhalte in ihren sozialen Netzwerken zu teilen; ohne ihr Wissen wird jedoch nichts über sie mit diesen Netzwerken geteilt.

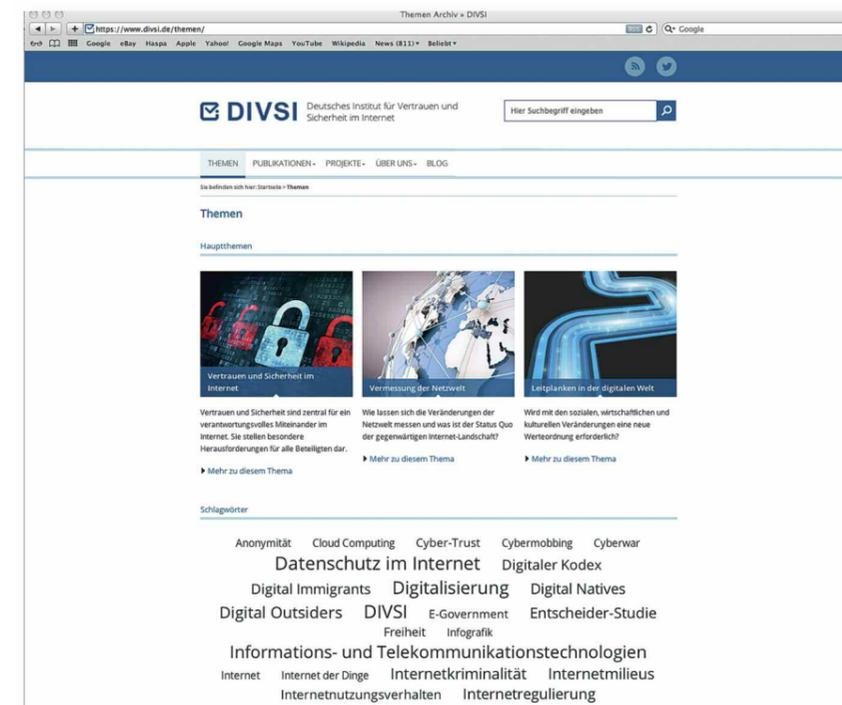
von Social-Media: Die Privatsphäre des Nutzers ist zu wahren. Entsprechend anonymisiert haben wir daher Google-Analytics eingebunden.

**Michael Schneider:** A propos Optimierung: Aus dem Rezeptionsverhalten der Menschen wissen wir, dass es beim Content unterschiedliche Präferenzen gibt. Wo immer möglich, werden wir unsere Beiträge auch multimedial aufbereiten. Ziel ist eine Mediathek für User und speziell auch für Journalisten. Insgesamt wollen wir einen umfangreichen Content zur Verfügung stellen: Print, Fotos, audiovisuelle Medien, Faktenübersichten und Infografiken.

Aber auch damit wird das Online-Angebot von DIVSI nicht abgeschlossen sein. Allein mit Blick auf das Wachstum im globalen M2M-Markt haben wir noch viele spannende Themen vor uns. Man denke nur an die Bereiche Messdatenübertragung, Telematik oder Monitoring/Überwachung.

**Alexander Braun:** Weitere Entwicklungen, die DIVSI in erster Linie sicher hinsichtlich ihrer Implikationen für Datenschutz und Privatsphäre beschäftigen werden, sind vielleicht Wearable Technologies und Kontextrelevanz über die geografische und präferenzbezogene Verortung eines jeden Nutzers. Ich denke hier an Google Glass, oder auch an den Einsatz von über Wifi kommunizierenden Geräten innerhalb des Körpers: Herzschrittmacher, die auf diese Weise gewartet werden können oder Insulinpumpen, die permanent den Bedarf messen und automatisch regeln. Das sind technologische Entwicklungen, die schon heute in der Erprobung sind und enormes Potenzial haben, das Leben von Millionen von Menschen zu verbessern. Spannende Aussichten.

**Michael Schneider:** Das birgt natürlich auch Risiken: Wer hat Zugang zu all diesen Informationen – meine Krankenversicherung? Benötigt künftig jeder Mensch eine persönliche Firewall, um Unbefugten Zugang mit potenziell lebensgefährlichen Konsequenzen via Body-Hacking zu vermeiden? Einfache Fragen für komplexe Themen, mit denen wir uns am Institut auch zukünftig auseinandersetzen werden müssen!



Geräte Pflicht. Dies haben wir mit einem Responsive Design gelöst: die Darstellung der Website passt sich automatisch an das zugreifende Gerät an, sei es Desktop, Smartphone oder Tablet.

**Michael Schneider:** Implementiert sind jetzt auch Möglichkeiten zur Interaktion mit unseren Usern. Nur mussten wir eine Antwort darauf finden, wie wir die sozialen Medien unter besonderer Berücksichtigung der Privacy-Aspekte integrieren. Durch die Integration von Twitter, Facebook, Google+ in die „Heise-2-Klick-Lösung“ bietet DIVSI das Instrumentarium der „Gefällt-Mir-Buttons“. User ent-

**Michael Schneider:** Beispielsweise arbeiten wir mit Google-Analytics erst jetzt, nachdem sich der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Prof. Dr. Johannes Caspar mit dem Anbieter über eine rechtskonforme Nutzung des Statistik-Werkzeugs geeinigt hatte.

**Alexander Braun:** Natürlich ist die kontinuierliche Optimierung Pflicht, und dazu brauchen wir Daten vieler User. Was interessiert sie? Was wird geklickt, was nicht? Welche Stolpersteine lassen sich identifizieren? Bei der Einbindung entsprechender Web-Analyse-Tools gilt jedoch das Gleiche wie bei der Einbindung



Smartphone: Sicherheitsrisiko und Schutzwall gleichzeitig

# DER MOBILE BODYGUARD FÜR DIE TASCH

Von Peter von Aspern

*Die Hauptgefahren für Smartphones sind schnell identifiziert: Zunächst einmal die größte Gefahr: Der Verlust desselbigen. Danach sind gemäß einer Umfrage von IDG Datenlecks durch Apps sowie Malware und Hacker zu nennen.*

Fragt man nach den Hauptgefahren für die IT-Sicherheit in Unternehmen, nennen IT-Fachleute an erster Stelle natürlich die Mitarbeiter, doch danach folgen bereits die Smartphones, die Mitarbeiter mit ins Unternehmen bringen. Somit rückt das Thema Sicherheit beim Smartphone zunehmend in das Bewusstsein der Nutzer.

Aus der PC-Ära wissen wir, dass mit steigender Verbreitung auch das Gefahrenpotenzial zunimmt. Viren und Trojaner sind längst auch auf den mobilen Endgeräten angekommen. Somit wird mit dem Siegeszug der Smartphones auch das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit den digitalen Alltagsbegleitern Einzug finden müssen. Hierbei handelt es sich um Lern- und Reifeprozesse, die wir immer wieder parallel zur

Smartphones sind für viele von uns als digitaler Begleiter nicht mehr wegzudenken. Sie spiegeln unsere digitale Identität und sind ein höchst persönlicher Gegenstand. Wir speichern unsere E-Mails, Passwörter, Kontakte, Notizen und Dokumente auf ihnen. Zudem geben Smartphones durch ihren GPS-Chip und die Kamera Auskunft über unseren Aufenthaltsort und weitere Parameter unserer Umgebung. Kurzum: Das Smartphone ist ein schützenswerter Gegenstand.

Diffusion neuer Technologien beobachten können.

Diese Innovationen machen die Nutzung von Smartphones sicherer:

Die Beispiele zeigen, dass das Thema Sicherheit und Smartphones von zwei Seiten betrachtet werden muss. Beim Einsatz von Smartphones in Unter-



Anhänger alarmiert bei Verlust des Smartphones



Sensor ruft bei Unfällen Hilfe

Doch das Smartphone ist nicht nur ein Sicherheitsrisiko, sondern es bietet auch Dienste, die zu einer höheren Sicherheit im Alltag beitragen. Mobile Endgeräte können in Gefahrensituationen auf verschiedene Weise zu persönlichen Bodyguards werden. Zum einen bietet die Ortung via GPS, Cell-ID oder über das Telefonsignal etwa nach einem Unfall oder Überfall die Möglichkeit, die Person rasch aufzufinden.

Zum anderen können auf den Geräten persönliche Daten hinterlegt werden, durch die Ärzte im Notfall über Allergien oder die medizinische Vorgeschichte des Patienten informiert werden. In beiden Fällen erhöht das Handy als persönlicher Bodyguard die Chance, gefährliche Situationen zu überstehen. Auch Eltern statten ihre Kinder vermehrt mit mobilen Endgeräten aus, um zu wissen, wo sie sich befinden.



Log-in per Smartphone verifizieren

nehmen ist das Thema Sicherheit nicht zu unterschätzen. „Bring your own device“ ist in vielen Branchen bereits alltäglich, und das Smartphone macht hier keine Ausnahme. Hier sind Unternehmen in der Pflicht, ihre IT-Infrastruktur anzupassen und klare Leitlinien für den Gebrauch zu etablieren.



Doppeltes System macht Smartphones sicherer

Die positivere Seite am Sicherheitsaspekt sind die vielen neuen Dienste, die den Alltag noch sicherer machen können. Dies bezieht sich, wie am Beispiel der Verifikation mittels Smartphone gezeigt, zum einen auf den IT-Bereich, zum anderen aber eben auch auf den realen, analogen Alltag. Hier stehen wir erst am Anfang der Möglichkeiten.



**Peter von Aspern** hat an der Universität Hamburg Volkswirtschaftslehre studiert. Bereits in seiner Diplomarbeit zum Thema „Mobile Datendienste“ hatte er erste Berührungspunkte mit spannenden Aspekten der Zukunft. Peter von Aspern war vor seiner Zeit bei TrendONE vier Jahre als Marktanalyst mit den Schwerpunkten Mobile Commerce, Online-Handel und Retail tätig. Heute koordiniert er die Produktion der monatlichen Trendreports und sorgt für optimierte Prozesse und Produktqualität. Sein weiterer Aufgabenbereich ist die Weiterentwicklung der digitalen Produkte von TrendONE.

# AKTUELLE BÜCHER



## Politische Kommunikationsräume im Internet Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit

Autorin: Ricarda Drüeke  
Welche Öffentlichkeiten gibt es im Internet? Auch im World Wide Web werden Fragen gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe, Identität und Partizipation verhandelt, wie sich insbesondere an Migrationsdebatten zeigt. Die Autorin, promovierte Kommunikationswissenschaftlerin, entwickelt ein Modell politischer Kommunikationsräume, um das Wirken von Öffentlichkeiten im Internet zu erfassen. Die Stärken der Verbindung von Öffentlichkeits- und Raumtheorien werden auf der Basis eines weiten Politikbegriffs ausgespielt: Sie zeigen sich anhand der quantitativen und qualitativen Analyse einer Migrationsdebatte im Internet.

Transcript-Verlag, Reihe Critical Media Studies, ISBN 978-3-8376-2458-8, Preis: 32,80 €

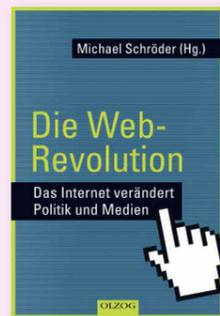


## Die Vernetzung der Welt Ein Blick in unsere Zukunft

Autoren: Eric Schmidt, Jared Cohen  
Welche Konsequenzen wird es haben, wenn in Zukunft die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung online ist? Was bedeutet das für die Politik, die Wirtschaft – und für uns selbst? Diese Fragen beantwortet ein außergewöhnliches Autoren-Duo: Eric Schmidt, der Mann, der Google zu einem Weltunternehmen gemacht hat, und Jared Cohen, ehemaliger Berater von Hillary Clinton und jetzt Chef von Googles Denkfabrik. Sie führen uns die Chancen und Gefahren jener eng vernetzten Welt vor Augen, die die meisten

von uns noch erleben werden. Es ist die sehr konkrete Vision einer Zukunft, die bereits begonnen hat. Und ein engagiertes Plädoyer dafür, sie jetzt zu gestalten – weil Technologie der leitenden Hand des Menschen bedarf, um Positives zu bewirken.

Rowohlt, ISBN 978-3-498-06422-8, Preis: 24,95 €



## Die Web-Revolution Das Internet verändert Politik und Medien

Herausgeber: Michael Schröder  
Das Internet hat Politik und Medien revolutioniert. Global und in Echtzeit werden Informationen und Daten ausgetauscht. Auch und gerade in Ländern mit geringer Medienfreiheit und ausgeprägter Zensur bietet das Internet neue Möglichkeiten zur politischen Beteiligung und zur Koordination der Opposition. Aber auch in westlichen Ländern können Bürgerinitiativen und Protestbewegungen mit Hilfe sozialer Netzwerke im Internet

schneller und wirkungsvoller kommunizieren. Dies alles bringt radikale Veränderungen: für den Journalismus, die politische Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, die Parteien und die Beteiligung am politischen Prozess. Wissenschaftler und Journalisten analysieren diesen Wandel und beleuchten Chancen und Risiken dieser neuen Herausforderungen.

Olzog Verlag, ISBN 978-3-7892-8215-7, Preis: 26,90 €



## Freiheitsindex Deutschland 2012 John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung

Herausgeberin: Ulrike Ackermann  
Mit dem Freiheitsindex Deutschland liegt ein Instrument vor, das jährlich die Wertschätzung der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland mit wissenschaftlichen Methoden zuverlässig und nachprüfbar misst. Der Index will zu einer breiten Diskussion anregen: Wie viel Staat brauchen wir tatsächlich? Wie weit darf gesellschaftliche Kontrolle im Vergleich zur individuellen Selbstkontrolle gehen? Was ist der Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums und dem Gemeinwesen zuträglich? Auf einer Skala, die sich von -50 bis +50 erstreckt, befindet sich der für 2012 ermittelte Zahlenwert des Freiheitsindex bei -0,7, das heißt: Freiheit ist damit gegenüber konkurrierenden Werten wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder Sicherheit im Hintertreffen. Im Vergleich zum Vorjahr (-3,0) hat sich das Resultat jedoch geringfügig verbessert.

Verlag Humanities Online, ISBN 978-3-941743-37-3, Preis: 19,80 €



## Big Data Die Revolution, die unser Leben verändern wird

Autoren: Viktor Mayer-Schönberger, Kenneth Cukier  
Noch nie gab es eine solche Menge an Daten und noch nie bot sich die Chance, durch Recherche und Kombination in der Datenflut blitzschnell Zusammenhänge zu entschlüsseln. Big Data bedeutet eine Revolution für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Es wird die Weise, wie wir über Gesundheit, Erziehung, Innovation und vieles mehr denken, völlig umkrempeln. Und Vorhersagen möglich machen, die bisher undenkbar waren. Die Autoren Viktor Mayer-Schönberger, Gründer der Software-Firma Ikarus mit Entwicklungsschwerpunkt in der Datensicherheit, und Kenneth Cukier, Daten-Editor bei The Economist und einer der prominentesten Experten für Entwicklungen im Bereich Big Data, beschreiben, was Big Data ist, welche Möglichkeiten sich eröffnen – und verschweigen auch die dunkle Seite wie den drohenden Verlust der Privatsphäre nicht.

Redline Verlag, ISBN 978-3-86881-506-1, Preis: 24,99 €



## Mich kriegt ihr nicht! Die wichtigsten Schritte zur digitalen Selbstverteidigung

Autoren: Steffan Heuer, Pernille Tranberg  
Der Handel und Missbrauch mit unseren digitalen Spuren ist längst ein weltweites Milliarden-geschäft. Wir brauchen Hilfe. Das Buch »Mich kriegt ihr nicht!« ist eine Gebrauchsanweisung, wie wir unsere Online-Identität schützen und welche Werkzeuge wir benutzen sollten, um unsere Identität im Netz gezielt einzusetzen – wie man das Internet nutzt und sich dabei nicht verliert. Wie man Tracking-Cookies blockiert, „Like It“-Buttons ausschaltet und neugierige Apps neutralisiert – denn wichtiger als ein sogenannter „Service“, den uns profitorientierte Firmen „bieten“, ist unsere Privatsphäre. Das Buch mit vielen Praxis-Tipps zeigt, was wir tun müssen, um unerkannt durchs Netz zu surfen und uns gegen unerwünschten Datenklau zu schützen.

Murmann Verlag, ISBN 978-3-86774-321-1, Preis: 16,90 €